

## Am 31. Oktober einen Gottesdienst besuchen



Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder. Foto: Laurence Chaperon

Berlin (idea) – Am Reformationstag (31. Oktober) sollen möglichst viele Menschen einen Gottesdienst besuchen. Dazu hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, aufgerufen. Er sprach bei einem Kongress seiner Fraktion zum Thema „Von der Freiheit eines Christenmenschen – 500 Jahre Reformation und Demokratie heute“ am 17. Mai in Berlin. Der 31. Oktober 2017 ist in Erinnerung an den Thesenanschlag Martin Luthers (1483–1546) vor 500 Jahren bundesweit einmalig ein Feiertag. Er sei gespannt, wie sich das auf den Besuch der evangelischen Kirchen auswirken werde, so Kauder. Ihm zufolge war Luther vor allem ein Befreier des Geistes und Vordenker der Freiheit. Es liege im Geist der Zeit, die Reformation als Event und Luther als Superstar zu feiern. Dies gehe jedoch an Luthers Absichten vorbei. Durch seine Bibelübersetzung habe er den Menschen die Begegnung mit Gottes Wort ermöglicht. So gebe es nichts Kraftvolleres als den Luthertext. Die entscheidende Erkenntnis des Reformators sei es gewesen, dass der Mensch durch Gottes Gnade frei von Angst vor Gottes Urteil sein könne.

### **EKD-Beauftragter: Luther war kein Demokrat**

Der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Prälat Martin Dutzmann (Berlin), vertritt die Ansicht, dass Luther kein Demokrat und die Reformation keine Demokratiebewegung war. Vielmehr sei Luther ein Kind seiner Zeit gewesen. Sein großer Abstand zum demokratischen Rechtsstaat zeige sich etwa an seiner Judenfeindschaft und seiner Befürwortung, die Bauernaufstände gewaltsam niederzuschlagen. Auch sei Luthers Frauenbild meilenweit von dem entfernt, was im Grundgesetz niedergelegt sei. Dennoch könne man von den Reformatoren lernen, eine Haltung der Unerschrockenheit und Verantwortungsbereitschaft einzunehmen. Dutzmann zufolge lässt es sich nicht verhindern, dass mit Luther Geschäfte betrieben würden. Es gebe aber genügend Veranstaltungen, die sich mit seinen Anliegen beschäftigten.

### **Kirchenrechtler Heinig: „Kuschelprotestantismus“ ist langweilig**

Der Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD, Prof. Hans Michael Heinig (Göttingen), äußerte sich zum Streit um den Theologischen Vizepräsidenten des Kirchenamtes der EKD, Thies Gundlach (Hannover). Er hatte mehreren akademischen Theologen Versagen bei der Vorbereitung des 500-jährigen Reformationsjubiläums vorgeworfen. Heinig zufolge gehört Streit zum Evangelischsein dazu, so lange man danach noch gemeinsam zum Abendmahl gehe. Ein „Kuschelprotestantismus“ sei langweilig. Heinig: „Ich will mehr Krawall und Geraufe haben.“ Die Kirche habe ihr Interesse an akademischer Theologie verloren. Zugleich beschäftige sich der „Gremienprotestantismus“ manchmal zu viel mit sich selbst.

## **Lieberknecht: Friedliche Revolution 1989 war ohne Kirchen nicht möglich**

Laut der früheren thüringischen Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) war die friedliche Revolution 1989 nicht ohne die evangelische Kirche möglich. Mit Kerzen und Gebeten habe man ein bis zu den Zähnen bewaffnetes System zu Fall gebracht. Ihr widersprach der Vorstandsvorsitzende der Internationalen Martin Luther Stiftung, Michael J. Inacker (Berlin). Ihm zufolge haben kirchliche Vertreter an den Wendestellen der Geschichte oft auf der falschen Seite gestanden. Sie hätten dazu beigetragen, Ideologie zu verbreiten, anstatt sie zu bekämpfen. So habe die evangelische Kirche während der Weimarer Republik die Demokratie abgelehnt. Während der DDR-Zeit habe sie sich teilweise mit dem Kommunismus gemein gemacht. Inacker forderte die Kirchen dazu auf, sich der Säkularisierung zu stellen. Diese fresse die Kirchen auf. Sie müssten sich vor allem der jungen Generation zuwenden. Kinder- und Konfirmandengottesdienste würden kaum noch besucht. Den Religionsunterricht seiner Kinder erlebe er als eine Katastrophe. Gegen die Stärke des Islams müssten Christen Flagge zeigen. Ferner kritisierte Inacker, dass die Rechtsprechung christliche Symbole zunehmend aus dem öffentlichen Raum verbanne.

## **Jung: Die Ökumene voranbringen**

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Franz Josef Jung, forderte die Kirchen dazu auf, die Ökumene voranzubringen. Es gelte, gemeinsam als Christen in der Gesellschaft tätig zu sein. Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Thomas Rachel (CDU), begrüßte, dass die römisch-katholische Kirche das 500. Reformationsjubiläum mit den evangelischen Kirchen als „Christusfest“ feiere. Rachel: „Wir spüren, da ist etwas in Bewegung, was die Rolle der Kirchen in der Gesellschaft stärken wird.“